



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/201 - 30.8.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Harriman in Bonn	S. 1
Welchen Weg geht Tito ?	S. 3
Ein Ministerpräsident schweigt	S. 5
Zum 80.Geburtstag H.Wegscheiders	S. 5

Noch in diesem Jahr ...

P.R. Was immer Mr.Harriman, der Harry Hopkins des Präsidenten Truman und eine sehr gewichtige Persönlichkeit in der amerikanischen Politik, in Bonn über das Verlautbarte hinaus im einzelnen besprochen haben mag - die richtungweisende Terminangabe hat der amerikanische Außenminister selbst mit der Bemerkung gemacht, die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag werde "noch in diesem Jahre" fallen und auch über die genaue Stärke der deutschen Streitkräfte im Rahmen der Atlantikpakt-Armee werde in Kürze entschieden werden. Das ist eine sehr bestimmte Aussage, vielleicht sollte sie weniger Prognose als Mahnung und Aufforderung sein.

Sie ist nicht ohne weiteres mit der kurz vorher abgegebenen Erklärung des amerikanischen Hochkommissars auf eine Linie zu bringen, daß auf der Außenminister-Konferenz in Washington (die am 10.September beginnen soll) noch keine endgültige Entscheidung über den deutschen Verteidigungsbeitrag fallen werde - es sei denn, man will annehmen, daß diese Entscheidung auf der später angesetzten Konferenz des Atlantik-Rates in Rom fallen soll oder gar außerhalb der Konferenzen durch Direktverhandlungen von Regierung zu Regierung. Bisher lagen wenig Anzeichen dafür vor, daß man in so kurzer Zeit zu einem Ergebnis kommen werde. Zum Beispiel wich die amerikanische von der französischen Grund-

Auffassung in diesen Dingen sehr wesentlich ab. Aus Paris liegen neuerdings Berichte vor, die den Eindruck erwecken könnten, als habe man die Absicht, den bisherigen starren Standpunkt etwas aufzulockern und Zugeständnisse hinsichtlich einer echten deutschen Gleichberechtigung zu machen. Aber dabei handelt es sich um Vermutungen, nicht um verbindliche Erklärungen zuständiger Stellen. Aus amtlicher Quelle stammt nur die Meldung, die Regierung habe beschlossen, bei den bevorstehenden Tagungen des Atlantikpakt-Rates an der Bildung einer Europa-Armee festzuhalten.

Wie gesagt, die Erklärung Dean Achesons klingt kategorisch. Vielleicht ist zunächst wirklich nur eine Einigung zwischen den Westmächten innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes gemeint. Aber die Wahl des Wortes "Entscheidung" berührt, ohne daß man überempfindlich zu sein braucht, peinlich, wenn man daran denkt, daß maßgebende amerikanische Männer immer wieder betont haben, selbstverständlich käme nur ein freiwilliger deutscher Beitrag in Betracht. Man muß nun annehmen, daß die Amerikaner, wie sie es auch bisher getan haben, weiterhin einen starken Druck im Sinne einer Einigung oder Entscheidung nach ihren Vorstellungen auf Deutschland ausüben werden. Diese Vermutung wird unterstützt durch die kürzliche Bemerkung McCloy's, daß auch in der Frage der Ablösung des Besatzungsstatutes durch zweiseitige Verträge noch geraume Zeit vergehen werde. Diese Schraube soll also angezogen bleiben. Andere wird man nicht lockern, eher ist das Gegenteil zu befürchten.

Der im Grunde entscheidende Bestandteil jeder Vereinbarung über einen deutschen Beitrag muß das eigene deutsche Votum in dieser Frage sein. Es hätte erst dann Wert und Gewicht, wenn es von einem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung bzw. seiner parlamentarischen Vertretung abgegeben würde. Der Platz dafür kann also allein der Bundestag sein. Und da es sich ohne jeden Zweifel um eine Verfassungsänderung handeln würde, könnte diese Entscheidung nur eine Zweidrittel-Mehrheit herbeiführen. Hoffentlich hat der Bundeskanzler dem amerikanischen Sonderbotschafter dies so klar gemacht, daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind.

+ + + -

Welchen Weg geht T i t o ?

Von einem guten Kenner des heutigen Jugoslawien

Seit dem Bruch zwischen Moskau und Belgrad sind fast drei Jahre vergangen. Die Selbständigkeit des Titoregimes hat sich aus einer Episode zu einem weltpolitischen Faktor von großer Bedeutung entwickelt. Das Harriman-Gespräch vom Ende der vorigen Woche hat diese Bedeutung erneut der Weltöffentlichkeit klar gemacht. Dennoch ist man vielfach bei der Feststellung stehen geblieben, daß es sich in Jugoslawien zwar um einen begrüßenswerten außenpolitischen Vorgang, zugleich aber um nichts anderes als eine nationale Spielart der kommunistischen Parteidiktatur und des sowjetischen Polizeistaates handelt. Dazu wäre doch einiges zu sagen.

Als die Auseinandersetzungen zwischen den Sowjets und den Titelisten begannen, drehte es sich, um es kurz zu sagen, in erster Linie darum, daß die Jugoslawen aus ihrem Lande weder eine russische Provinz noch eine sowjetische Brotfabrik machen lassen wollten. Den Willen zur Selbstbehauptung hat es auch in anderen "volkdemokratischen Ländern" gegeben. Die jugoslawischen Kommunisten aber hatten im wesentlichen aus eigener Kraft die Macht erobert, der sowjetische Einfluß blieb begrenzt und es konnte sich in Jugoslawien der Selbstbehauptungswille durchsetzen. Entscheidend war dabei, daß die Jugoslawen sich beim Ausbruch des offenen Konflikts mit Moskau auf eine ihrer eigenen Kontrolle unterstehenden Armee und Geheimpolizei stützen konnten.

Als die Titolente den Fehdehandschuh hinwarfen, hatten sie noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß Moskau noch einmal "einlenken" würde. Erst angesichts eines brutalen Wirtschaftsboykotts und massiven militärischen Drohungen des Ostblocks begann man eine p r i n z i p i e l l e Kritik an Moskau, die einen neuen und wesentlichen Faktor bei der Beurteilung der Lage Jugoslawiens ausmachen muß.

Zunächst entdeckte Belgrad in der sowjetischen Außenpolitik - als Folge dieses Stellungswechsels - einen neuen "imperialistischen" Zug. Da die Außenpolitik für den an marxistische Dankbahnen Gewöhnten in hohem Maße die Innenpolitik bzw. die gesellschaftliche

Struktur widerspiegelt, ergab sich die Frage, welche Rückschlüsse aus dieser Feststellung abzuleiten seien. Dabei haben sich zwei sich widersprechende Thesen entwickelt. Die eine sagt, in der Sowjetunion sei die marxistische Lehre verzerrt, die Revolution entartet worden, aber die sozialistische Grundlage der Gesellschaft sei weiterhin vorhanden. Die andere These behauptet, in der Sowjetunion habe sich eine neue herrschende Klasse herausgebildet - man könne schlechthin nicht mehr von einem sozialistischen Staate sprechen. Tito selbst hält nach wie vor an der kommunistischen These fest, "im Westen sei die Demokratie nur für Minderheiten da" und lehnt die Aufstellung von Oppositionalisten für jugoslawische Wahlen ab. Gleichzeitig aber erklärt er, die marxistische Lehre sei kein Dogma und vermöge keine fertigen Rezepte für eine völlig neue Phase der geschichtlichen Entwicklung zu vermitteln.

Solche Äußerungen sind mehr als Symptome. Für die Augenblickssituation zeigen sie, daß die theoretische Position der KPJ keineswegs feststeht. Entscheidendes Gewicht werden erst die Folgerungen haben, die die jugoslawischen Kommunisten aus den kritischen Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Wirklichkeit für die Gestaltung der Dinge in ihrem eigenen Lande ableiten. Man kann bereits erste Anzeichen dafür registrieren, daß sich in Jugoslawien auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet eine erhebliche Fortentwicklung von den ursprünglich sowjetische Vorbilder nachahmenden Formen bemerkbar macht. Auch ein drastischer Feldzug gegen die Bürokratisierung gehört hierher. Staatliche Kontrollkommissionen und zahlreiche Ministerien wurden aufgelöst. Als wesentlichster Gradmesser einer positiven Entwicklung wird auch gewertet, daß es in Jugoslawien, jedenfalls im Vergleich zur Sowjetunion, zunehmend mehr Meinungsfreiheit gebe. Beispielsweise ist die Presse nicht mehr völlig gleichgeschaltet, ausländische Literatur ist in Lesehallen und Buchhandlungen erhältlich. Und auch hierbei ist nicht ohne weiteres klar, was Beginn eines grundsätzlichen Wandels und was vermeintliche taktische Notwendigkeit gegenüber dem Westen ist.

Mehr als in irgendeinem anderen Lande ist alles im Fluß. Ganz Jugoslawien ist ein Feld voller Spannungen. Das Rätsel, welchen Weg es gehen wird, bleibt zunächst ungelöst.

Ministerpräsident in der Sowjetzone

Ph. Ein tapferer Mann, Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei des Reichstagswahlkreises Magdeburg-Anhalt, wurde von der Gestapo verhaftet und grausam zu Tode gequält. Einer seiner Mitarbeiter kam auch ins Konzentrationslager, überstand es, wurde nach 1945 wieder Sekretär der Sozialdemokratischen Partei und zum Erstaunen seiner Parteigenossen nach der sogenannten Vereinigung ein so eifriger Funktionär der SED, daß ihn der Sowjetzonen-Papst Ulbricht im Jahre 1949 zum Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt machte.

Die in Westdeutschland lebende Tochter des Sozialdemokraten, der qualvoll sterben mußte, wandte sich kürzlich an den, der die Nazi-Zeit im KZ überstand und der jetzt in der Sowjetzone Ministerpräsident ist, mit der Bitte, ihr zu bestätigen, daß und wann der Vater von der Gestapo verhaftet worden sei. Sie und ihre hart um das Leben kämpfende Mutter brauchten ein Zeugnis dieser Art.

Der Ministerpräsident aus der Sowjetzone aber schwieg. Ein Ministerpräsident dieser Zone mag beim Sowjetbeauftragten Ulbricht sich noch so gründlich als verräterischer Sozialdemokrat und als linientreuer Kommunist ausgewiesen haben, einen Brief an eine arme Witwe in Westdeutschland darf er nicht schreiben, sonst kommt seine ganze Glaubwürdigkeit als gehorsamer Regierungschef ins Wanken. Mag eine arme Witwe, mögen ihre bedürftigen Kinder auf sein Zeugnis angewiesen sein oder nicht, der Sicherheitsdienst der Sowjetzone versteht keinen Spaß und ein Brief an die Frau eines Mannes, der als sozialdemokratischer Widerstandskämpfer starb, könnte den Ministerpräsidenten in den Verdacht bringen, Verbindung mit dem "imperialistischen" Westen zu haben.

Der Sozialdemokrat, der als aufrechter Mann im Konzentrationslager Oranienburg 1940 getötet wurde, hieß Ludwig Wellhausen. Er kam aus Hamburg. In Hamburg und in Magdeburg kannten ihn viele und keiner der ihn kannte, wird ihn je vergessen. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, der jetzt noch in Halle so tut, als hätten Deutsche in der Sowjetzone die Möglichkeit, zu regieren, heißt Werner Brusckke. Man wird auch ihn hoffentlich wenigstens so lange im Gedächtnis behalten, bis nach den gesamtdeutschen Wahlen die Tapferen von den Feigen, die Ehrlichen von den Zutreibern der Diktatoren geschieden werden.

+ + +

Hildegard Wegscheider 80 Jahre alt

Am 2. September feiert eine der hervorragendsten Pionierinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung, Hildegard Wegscheider, in Berlin ihren 80. Geburtstag. Sie hatte das Glück, daß ihre Eltern für damalige Zeiten außergewöhnlich fortschrittlich und liberal eingestellt waren. So kam es dazu, daß sie als erste deutsche Frau an einer deutschen Universität promovierte.

Ihre Aufgeschlossenheit und Warmherzigkeit ließen sie bald schon den Weg zur Sozialdemokratischen Partei finden. Von 1919 bis 1933 gehörte sie dem Preußischen Landtag an und als Oberschulrätin des Provinzial-Schulkollegiums war sie maßgeblich am Aufbau eines fortschrittlichen Schulwesens tätig.

Trotz ihres Alters war sie nach 1945 gleich wieder dabei, als es galt, die Berliner Sozialdemokratie neu aufzubauen, und auch heute noch ist ihr Haus ein Sammelpunkt für alle die, die Hilfe, Rat und Ermutigung brauchen.

hg.